Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 38. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 23. Januar 1863.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Frankfurt a. M., 22. Jan. Die preußische Abstimmung in der Delegirten-Angelegenheit verwirft die bezüglichen Anträge der würzburger Conferenzstaaten wegen bundeswidriger formeller Behandlung und wegen materieller Untauglichkeit und Halbheit der Vorschläge. Neben einem nach Maßgabe der Machtverhältnisse reorganisirten Bundes-Centralorgan könne nur eine Vertretung der Nation genügen, welche aus unmittelbaren Wahlen nach Verhältniß der Bevölkerung jedes einzelnen Staates hervorgegangen sei. Für eine solche Volksvertretung wären erweiterte Befugnisse erforderlich. Die Schwierigkeiten, welche sich einer solchen Umgestaltung des Bundesverhältnisses für dessen Gesammtgebiet entgegenstellen, würden sich schwerlich überwinden lassen. Insbesondere deshalb nicht, weil erhebliche Theile des Bundesgebiets zu staatlicher Einheit mit nichtdeutschen Ländern vereinigt seien. Ohne eine solche Lösung helfe es nicht, daß man das Reformbedürfniß für die Gesammtheit scheinbar zu befriedigen bemüht sei, sondern nur, daß man es im engeren Kreise wirklich zu befriedigen suche. In diesem Sinne verfahre Preußen und hoffe, auf dem Wege freier Vereinbarung weiter gehen zu können.

Bei der Abstimmung stimmen mit Preußen gegen die Majorität der Ausschußanträge 9 Stimmen, unter denen sich Kurhessen befindet. Dafür 7 Stimmen. — Braunschweig enthält sich der Abstimmung. Oesterreich unter Zustimmung von Sachsen, Hannover, Würtemberg, Großherzogthum Hessen und Nassau erklärt sich jederzeit bereit zur Berathung anderer Vorschläge, stellt aber keine solche auf, sondern behält sich Wiederaufnahme des bisherigen Antrages vor. (Weitere Ausführung der Depesche in der heutigen Morgennummer.)

Kassel, 22. Jan. Nach der „Kasseler Zeitung" ist der General von Specht, der bekannte Gegner Haynau's, zum interimistischen Commandanten von Marburg ernannt. Der Posten wurde bisher von einem Hauptmann versehen; der Platz hat eine Garnison von 70 Mann.

Paris, 21. Jan. Die „Patrie" meldet, daß Baron Gros gestern nach London abgereist sei.

Aus Alexandrien wird vom 20sten d. mitgetheilt, daß der allmonatlich stattfindende Wechsel der Arbeiter an dem Suezkanal unter dem gewohnten Beistand der Behörden stattgefunden habe.

Paris, 22. Jan. Nach einem Telegramm aus Cairo vom gestrigen Tage wird heute ein Gesandter Ismael Pascha's nach Konstantinopel abgehen, um das Ableben des Vice-Königs anzuzeigen.

Aus Madrid wird gemeldet, daß Serrano das Einvernehmen mit Frankreich wiederherzustellen bestrebt ist.

Ein Telegramm aus Lissabon vom gestrigen Tage versichert, daß Saldanha den Vorsitz des Conseils übernehmen werde.

Warschau, 22. Jan. Ein kaiserlicher Ukas bestimmt die Rekruten aus den Gouvernements Warschau, Radom, Plock und Augustowo für die in Groß-Rußland stehenden Truppen, die aus dem Gouvernement Lublin für das Reserve-Corps in Klein-Rußland (vergleiche die Depesche im heutigen Morgenblatt).

Brüssel, 22. Jan. Nach vollkommen zuverlässigen Mittheilungen hat der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg und Gotha die Candidatur für den griechischen Thron angenommen unter Bedingungen, welche sich theils auf die herzoglichen Domänen beziehen, theils politischer Natur sind.

Petersburg, 22. Jan. Das heutige „Journal de Petersbourg" enthält eine Beantwortung des Artikels der „Morning Post" vom 15. d. M. betreffs der Waffenangelegenheit in den Donaufürstenthümern, den es für nicht inspirirt hält. Rußland habe offen gehandelt, es habe nichts zu verheimlichen. Es seien verbesserte Flinten verkauft worden; sie seien theils nach Hamburg und Lübeck, theils nach den südlichen Arsenalen gegangen. 30—35,000 habe ein amerikanischer Privatmann in Cherson angekauft und verschifft. Die Waffen seien zur Zeit nicht als Contrebande in die Donaufürstenthümer eingeführt, sondern per Axe durchtransportirt worden; es sei nichts Heimliches dabei gewesen. Das serbische Gouvernement habe übrigens das Recht, Waffen zu erwerben, weil der Vertrag von 1856 ihm das Recht giebt, eine nationale militärische Streitmacht zu unterhalten. Die Donaufürstenthümer und Serbien seien Vasallen der Pforte, sie seien ihr aber nicht unterthänig. Die Politik der „Morning Post" sei dazu angethan, Empfindlichkeiten zu erregen, die Pforte zu heftigen Maßregeln zu treiben, sowie Revolution und Krieg zu erzeugen, anstatt die Pforte zum Wohlwollen und zur Billigkeit gegen ihre Vasallen-Provinzen zu veranlassen.

Von der polnischen Grenze, 22. Jan. Wie nach warschauer Nachrichten verlautet, sollen auf mehreren Stellen des Königreiches in den Waldungen bedeutende Zusammenrottungen stattfinden, welche die Hervorrufung eines Aufstandes zum Zwecke haben. Näheres darüber ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

London, 22. Januar. Der Präsident des Handelsbureaus, Milner-Gibson, hat in Ashton eine Rede gehalten, in der er sich sehr eingehend über die Lage der nordamerikanischen Frage aussprach und insofern gegen die Südstaaten polemisirte, als er betonte, daß kein auf der Sclaverei begründetes Reich glücklich und haltbar sein könne; die Unionsstaaten hätten trotz vieler Niederlagen noch immer mehr Land inne als ein Jahr vorher; die Politik Englands werde streng neutral bleiben und nur dann behufs Herbeiführung von Friedens-Unterhandlungen interveniren, wenn von den kriegführenden Parteien selber eine Aufforderung dazu ergehe.

Paris, 21. Jan. Nach einer Mittheilung der „Patrie" liegt es in der Absicht, wenn nicht auf eine vollständige Unterdrückung, so doch auf eine möglichste Abkürzung der General-Diskussion in Beziehung auf die Adresse hinzuwirken. Die Session des gesetzgebenden Körpers wird jedenfalls nur kurz sein. Die Neuwahlen werden wahrscheinlich Anfangs Mai stattfinden. — Das „Pays" behauptet, der Herzog von Koburg habe positiv den griechischen Thron abgelehnt.

Paris, 22. Jan. Der „Moniteur" enthält heute ein Dekret, wodurch ein außerordentlicher Credit von 5 Mill. Francs behufs Vornahme nützlicher öffentlicher Arbeiten und behufs Vertheilung zu Wohlthätigkeitszwecken bewilligt wird. — Der „Moniteur" dementirt außerdem die Nachricht von einer Abberufung des französischen Consuls aus New-Orleans. Derselbe habe nur einen Urlaub genommen.

Triest, 22. Jan. Die Post aus Konstantinopel vom 17. d. bringt die Nachricht, daß Omer Pascha's Gesuch, ihn des Oberbefehls der Armee von Rumelien zu entheben, nicht angenommen ist, daß Derwisch Pascha den Befehl erhalten hat, in Scutari (in Albanien) Winterquartiere zu beziehen und daß deshalb der Bau der Blockhäuser in Montenegro bis zum Frühjahr verschoben ist.

Aus Athen vom 17. wird gemeldet, daß die Nachrichten über Räubereien und sonstige Unordnungen in den Provinzen beruhigender lauten; man spreche davon, mit Kriegsgerichten und Standrecht gegen Räubereien zu verfahren. Elliot hat Anstalten getroffen, seinen Aufenthalt zu verlängern. Die Wahlprüfungen in der Nationalversammlung sind beendigt.

Kairo, 21. Januar. Gestern empfing der Vicekönig die Consuln in corpore. Ihre Glückwunschadresse erwähnte seiner Regentschaft in schmeichelhaften Ausdrücken. Trotz der Schwierigkeiten seiner Stellung erfreue der Vicekönig sich gegenwärtig der lebhaften Sympathie der Bevölkerung und flöße der ganzen Colonie von Ausländern tiefe Achtung ein. Solche Antecedentien seien die besten Bürgschaften für die Zukunft Egyptens, welche nicht nur die Einwohner des Landes, sondern auch andere Völker angehe. Der Vicekönig dankte und fügte hinzu: Ich kenne aus dem Grunde die Aufgabe, die ich unter den Auspicien meines erhabenen Souverains würdig zu lösen hoffe. Ich bin fest entschlossen, dem Lande meine ganze Thatkraft zu widmen. Die Grundlage aller guten Verwaltung ist Ordnung in den Finanzen. Ich werde selbst das Beispiel geben, da ich entschlossen bin, das alte System zu verlassen und eine Civilliste festzustellen, die ich niemals überschreiten werde. Diese Maßregel wird es mir möglich machen, den Ackerbau besser zu entwickeln und das verderbliche System der Frohnden abzuschaffen, welches das Hinderniß der Entwickelung ist. Ein freier Handel wird bei diesen Maßregeln seine Rechnung finden. Was die sittlichen Zustände betrifft, so werde ich mich des Unterrichtes annehmen, welcher die Grundlage alles Fortschritts ist, und auf eine gute Rechtspflege halten, die eine Festigkeit in unsere Beziehungen zu Europa bringen wird. Ich hoffe, daß die Consuln mir stets ihre Unterstützung gewähren werden.

Beauval, der stellvertretende französische Consul, ergriff darauf das Wort, um zu bemerken, daß die französische Regierung stets empfohlen habe, das System der Frohnden nicht auf die Arbeiten an dem Canal von Suez anzuwenden. Der Vicekönig erwiderte, er habe nie daran gedacht, daß Frankreich ein solches System begünstige und habe nicht von dem Suezcanal sprechen wollen. Die Rede des Vicekönigs hat große Sensation erregt.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

4. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (22. Jan.)

Tagesordnung: Wahlprüfungen, Reichenheim'sche Interpellation, Entgegennahme von etwaigen weiteren Vorlagen der königl. Staatsregierung.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr. Am Ministertisch: Graf zur Lippe, Graf Eulenburg, v. Mühler.

Hr. v. Unruh ist in's Haus eingetreten und hat auf der Linken bei der volkswirthschaftlichen Fraction Platz genommen.

Eine Anzahl Urlaubsgesuche werden bewilligt und eine Reihe weiterer geschäftlicher Mittheilungen gemacht. Dr. Kosch (auch Mitglied der Geschäftsordnungs-Commission) ist aus der Budget-Commission ausgetreten. Eine Neuwahl wird angeordnet. (Die nach der Sitzung stattgehabte Wahl der Abtheilung ist auf Herrn v. Unruh gefallen.)

Die Abgg. Dr. Virchow und v. Carlowitz haben einen von zusammen 193 Mitgliedern unterstützten Antrag auf Erlaß einer Adresse und gleichzeitig einen Entwurf dazu eingebracht. Ein zweiter Entwurf ist von Herrn v. Vincke (Stargardt) eingereicht.

Präsident Grabow schlägt vor, beide Entwürfe an eine nach Maßgabe der Geschäftsordnung zu wählende Adreßcommission gelangen zu lassen. (Dieselbe hat aus 21 Mitgliedern und dem ersten Präsidenten des Hauses zu bestehen.) — Graf Schwerin (zur Geschäftsordnung): Er dürfe dabei doch von der Voraussetzung ausgehen, daß diese Commission sich zunächst auch mit der Frage zu beschäftigen habe, ob überhaupt eine Adresse zu erlassen sei.

Präsident: Er halte dies nicht für nöthig, da der eine der vorliegenden Entwürfe bereits von 189 Mitgliedern unterstützt sei. Uebrigens sei die Entscheidung darüber wohl der zu wählenden Commission zu überlassen. — Graf Schwerin: Er wünsche nur, daß eine Discussion über diese Frage nicht ausgeschlossen werde, wenn er auch nicht zweifle, daß dieselbe anders werde entschieden werden, als er selbst sie entschieden zu sehen wünsche. — Abg. Schulze (Berlin) beantragt, vorher beide Adreßentwürfe zu verlesen; das werde maßgebend für die Beantwortung dieser Vorfrage sein. — Der Präsident ist der Ansicht, daß die Verlesung des Vincke'schen Entwurfs genügen werde, da der Virchow-Carlowitz'sche sich bereits gedruckt in den Händen der Mitglieder befinde. — Abg. Reichenheim: Die Vorlesung erfolge nicht blos für die Mitglieder des Hauses, sondern sei auch nach außen von Bedeutung (Oho!). Er beantrage, beide Entwürfe zu verlesen. — Frhr. v. Vincke (Stargardt): Er wolle sich nur erlauben, diesen Antrag des Abg. für Waldenburg zu unterstützen (Heiterkeit). Es erfolgt hierauf die Verlesung beider Entwürfe. Der Entwurf des Herrn v. Vincke und seiner Fraction lautet:

„Allerdurchlauchtigster rc.

Ew. rc. erneuern wir in Ehrfurcht den Ausdruck alter Hingebung und Treue für Ew. rc. und das königliche Haus.

Als unsere wichtigste Aufgabe erachten auch wir die Verständigung über die — wie wir lebhaft beklagen — im vorigen Jahre ungelöst gebliebenen Fragen. Dies Ziel ist aber nach unserer innigen Ueberzeugung nur dann zu erreichen, wenn vor allen Dingen von der Regierung Ew. rc. der unzweideutige Inhalt des Art. 99 der beschworenen Verfassung,

> nach welchem Staatsausgaben nur auf Grund eines von der Landesvertretung genehmigten Staatshaushalts-Etats geleistet werden dürfen,

anerkannt und die Feststellung des Staatshaushaltes für das Jahr 1862 in verfassungsmäßiger Weise ohne Verzug bewirkt wird.

Dem uns angekündigten Gesetzentwurfe zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 3. September 1814 sehen wir in der Hoffnung entgegen, daß es gelungen sein wird, die Erhöhung der Streitbarkeit der Armee und die möglichste Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht mit den nothwendigen Rücksichten auf die Ordnung des Staatshaushalts und die Schonung der productiven Kräfte des Landes in Einklang zu setzen.

Bereitwillig werden wir die Mittel bewilligen, um den hilfsbedürftigen Kämpfern aus der glorreichen Zeit der Freiheitskriege den Abend ihres Lebens zu erleichtern.

Der dringenden Aufgabe, die Marine so weit zu fördern, als es irgend die Kräfte des Landes gestatten, werden wir unvergessen sein.

Wir sprechen unsere Befriedigung darüber aus, daß die Regierung Ew. rc den durch die einmüthige Zustimmung der Landesvertretung begrüßten Handelsvertrag mit Frankreich gegen die Sonderbestrebungen anderer deutschen Regierungen aufrecht zu erhalten entschlossen ist.

Der baldigsten Vorlage einer Kreis- und Gemeindeordnung im Geiste der Beseitigung verfassungswidriger Vorrechte einzelner Stände, deren energischer Durchführung gegen den Widerspruch derselben sehen wir mit Sehnsucht entgegen.

Die Bemühungen Ew. rc. Regierung zur endlichen Herstellung eines verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen haben wir mit Antheil begleitet, und vertrauen, daß deren beharrliche Fortsetzung, unterstützt durch die bewährte Besonnenheit und Mäßigung der Vertretung des hessischen Volkes, bald zum Ziele führen werde.

Allergnädigster König und Herr!

Seit Jahrhunderten beruht Preußens Wachsthum und Größe auf der Hingebung seiner Fürsten für ihren erhabenen Beruf, auf der Treue und Hingebung der Nation für Thron und Vaterland. Seit die Verfassung ein neues Band um Fürst und Volk geschlungen, ist ihre unverbrüchliche Heilighaltung die unerläßliche Bedingung jeglichen Gedeihens im Innern, aller Erfolge in Deutschland und Europa. Wir bitten Gott, der die Herzen der Könige, wie die Geschicke der Völker in Seiner allmächtigen Hand hält, daß er diese Grundlage unseres öffentlichen Rechtes uns für alle Zukunft ungeschmälert bewahre, und in der ungetrübten Einigkeit zwischen König und Volk die sichere Gewähr uns erhalten wolle, in welcher das Vaterland jedem Wechsel der Zeiten getrost in's Auge schauen darf.

Wir ersterben rc."

(Der Virchow-Carlowitz'sche Entwurf ist in unserer heutigen Morgen-Nr. bereits mitgetheilt.)

Als Antragsteller sind unterzeichnet: Dr. Virchow, v. Carlowitz. Unterstützt haben den Entwurf die Abgg. Aldenhoven, André, v. Arnim (Templin), Aßmann, beide, Bassenge, Baur, Barre, Bauck, Dr. Becker (Bochum), Becker (Simmern), Behm, Behrend (Danzig), Dr. Beitzke, Bellier de Launay, v. Benda, Dr. Bender (Gumbinnen), Berger, Dr. Bernhardi, Bertram, v. Beughem, Bleibtreu, Böcking, Dr. Boost, Borsche, Buchholz, v. Bunsen, Dr. v. Carnall, Caspers (Koblenz), Chomse, Coupienne, Dahlmann, Drabich, Duncker, Dr. Eberty, Frhr. v. Esebeck, Dr. Faucher, Dr. Fellenberg, Fliegel, Förster, v. Forckenbeck, Forstmann, Frech, Frehsee (Fürstenthum), Frentzel, Dr. Frese, Frystatzki, Geisdorf, Gerlich, Gerstein, Gerth, Gortzitza, Gringmuth, Groote, Grundmann, Graf v. Hacke (Barnim), Häbler, Häger, Hahn, Harkort, Heidenreich, v. Hennig (Straßburg), v. Herford, Herrmann, Hirschberger, Hölzke, Hoffmann (Ohlau), Frhr. v. Hoverbeck, Dr. Hammel, Immermann, beide John, Jungken, Dr. Kalau von dem Hofe, Kerst, v. Kirchmann, Kleemann, Kleinwächter, Klotz, Dr. Koch, Koehler, Dr. Kosch, Kratz, Krause (Züllichau), Kreutz, Krieger (Goldap), Krieger (Luckenwalde), Kropf, Kuhlwein, Kyll, Dr. Langerhans, Lorenz, Larz, Laßwitz, von der Leeden, v. Leipziger, Dr. Lette, Lietz, Löwe, Lucas, Ludwig, Dr. Lüning, Matthes, May, zur Megede, Meibauer, Mellien, Metzmacher, Michaelis, Mühlenbeck, Müller (Anclam), Nehse, Olberg, Overweg, Pannier, Papendick, Parrisius (Gardelegen), Parrisius (Brandenburg), Dr. Paur, Pelzer, Pflücker, Pieschel, Post, Queel, Raffauf, Rahn, Rassow, Reichenheim, Reverchon, Rey, Richter, Riebold, Riemann, Römer, v. Rönne (Solingen), Roepell (Danzig), Dr. Roepell (Oels), Roggen, Rolshoven, Rudolph, Runge, Dr. Rupp, Salfeldt, Sartorius, v. Saucken (Gerdauen), v. Saucken-Tarputschen, Schick, Schleß, Schlick, Schmidt (Randow), Schmiedicke, Schneider (Wanzleben), Schneider (Sagan), Schoemann, Schollmeyer, Schultze (Seehausen), Schulz (Herford), Schulze (Berlin), Schumann, Schwarz, Schneedorf, Sello, Senff, Servatius, Dr. Siemens (Lennep), Siemens (Schweinitz), Sönke, Sembart, Staegemann, Stavenhagen, Steinhardt, Stephann, Stubenrauch, v. Sybel, Dr. Techow, Thomsen, v. Unruh, Baron v. Vaerst, Velthusen, v. Voß, Wachler, Wachsmuth, Dr. Waldeck, Waldthausen, Weese, Westermann, Wilke, Winkelmann (Recklinghausen), Winkelmann (Frankenstein), Weygold. — Nachträglich haben ihren Beitritt erklärt die Abgeordneten Bank, Diesterweg, Dopfer, Hagen, Herold, Müller (Arnswalde), Pietzker, Pflücker, Rieffenstahl, Schiebler. — Daß die Unterschriften der Abgeordneten v. Bockum-Dolffs, Haacke, Seubert und Ziegert fehlen, erklärt man aus Rücksichten auf ihre persönliche Stellung zu der Frage der Beamtendisciplinirung.

Abg. Reichensperger (Geldern): Er setze voraus, daß der Präsident etwa später noch eingehende Adreß-Entwürfe ebenfalls der Adreß-Commission zuweisen werde. Der Präsident erwidert, daß er dazu autorisirt zu sein glaube.

Abg. Rohden überreicht folgenden Antrag: Das Haus wolle beschließen, folgenden Gesetzentwurf anzunehmen: „Die Bestimmung des § 2 litt. a des Gesetzes vom 28. Juni 1834 über den Waffengebrauch der Grenzaufsichts-Beamten wird hiermit aufgehoben." Der Antrag geht an die vereinigte Justiz- und Finanz-Commission.

Nach Erledigung einiger Wahlprüfungen erfolgt, da der Minister des Innern erklärt, die Interpellation des Abg. Reichenheim sofort beantworten zu wollen, die Verlesung dieser Interpellation. Dieselbe betrifft folgendes. Von einer Conferenz von Fabrikanten des Kreises Reichenbach war im vorigen Oktober der Vorschlag gemacht worden, „man möge durch den Bau eines Arbeitshauses — eines längst fühlbar gewordenen Bedürfnisses des reichenbacher Kreises — Gelegenheit zu lohnender Beschäftigung geben." Darauf ist in einer landräthlichen Verfügung vom 10. Novbr. v. J. Folgendes erwidert: „Ich fürchte, daß mit einem solchen Vorschlage die Herren Fabrikanten sich nicht mit Unrecht den Haß der Weber-Bevölkerung zuziehen werden. Es handelt sich lediglich darum, eine ohne Verschuldung in Noth gerathene zahlreiche Bevölkerung, die kaum je in der Lage gewesen ist, sich einen Nothpfennig zu erübrigen, und mit deren Thätigkeit Andere reich geworden sind, vor Hunger zu schützen. Dazu ein Arbeitshaus?"

Sowohl diese Erwiderung, als auch die eine Stelle einer Verfügung desselben Landraths vom 8. Sept. v. J. — worin es heißt: die Verhältnisse der Fabrikanten besserten sich seit Jahren, während die Lage ihrer Arbeiter in derselben traurigen Beschaffenheit bliebe — sind in der „Provinzial-Ztg. für Schlesien" vom 19. Dez. abgedruckt und so in die größere Oeffentlichkeit gelangt. — Der Interpellant sagt nun weiter: „Wenn es schon an sich nicht für gerechtfertigt erachtet werden kann, daß königl. Behörden Vorschläge, die ihnen in wohlmeinender Absicht unterbreitet sind, zum Gegenstande ungehöriger, auf irrigen Voraussetzungen beruhender Angriffe machen, so ist es um so bedauerlicher, wenn Aeußerungen, wie die vorstehenden, welche nur zu geeignet sind, das Verhältniß des Fabrikanten zu dem Arbeiter in einem falschen Lichte erscheinen zu lassen, zur Zeit eines von keiner Seite verschuldeten Nothstandes gethan werden. Dergleichen amtliche Kundgebungen können die Aufregung einer leidenden Bevölkerung nur noch vermehren und sind im Stande, Feindseligkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hervorzurufen, welche die beklagenswerthesten Folgen herbeiführen und die ohnehin traurige Lage der Arbeiter-Bevölkerung nur noch verschlimmern würden. Ich richte deshalb an die königl. Staats-Regierung die Anfrage: Ob dieselbe von den genannten Verfügungen des königl. Landraths-Amtes zu Reichenbach Kenntniß erlangt, und ob und welche Maßnahmen sie in dieser Angelegenheit getroffen hat?"

Der Präsident ertheilt dem Abg. Reichenheim das Wort zu Begründung der Interpellation: Er wolle bei dem Erlasse des Landraths Olearius, um den es sich hier handle, nicht annehmen, daß böser Wille, sondern daß Unwissenheit obgewaltet habe, obwohl derselbe bereits seit länger als 10 Jahren in seinem Amte sei, also die Verhältnisse kenne. Die Noth, von der hier die Rede, sei im Allgemeinen so groß, wie seit Jahrhunderten nicht, in England seien, wie man wisse, allein über 2 Mill. Lstr. zu ihrer Unterstützung zusammengebracht. Die Fabrikanten in Preußen aber hätten mehr als anderswo in dieser Zeit der Noth für ihre Arbeiter gethan. Da trete denn eine Bemerkung, wie die des Landraths um so schroffer auf, als sie zugleich einem anderwärts sehr ausgeprägten Parteistandpunkte entspreche. Die Feudalen seien Feinde der Industrie, die mit jedem Schritte vorwärts ihnen das Terrain beschränke, die Arbeiter seien die Pionniere des Liberalismus. Redner recapitulirt nun kurz die Darstellung des Sachverhalts, wie derselbe bereits in der Interpellation enthalten. Die Antwort des Landraths gebe die Fabrikanten dem Hasse und der Verachtung der Weber preis, reize sie dazu an, statt sie zu beruhigen. Er werde in Gemeinschaft mit anderen einen Aufruf zur Unterstützung der hilfsbedürftigen Arbeiter der dortigen Gegenden erlassen und gewärtigen, ob auch in diesem Falle das Polizei-Präsidium, wie bei dem Nationalfonds, wegen unbefugter Sammlungen einschreiten werde. Eines aber möchte er noch der Regierung zurufen, daß, wenn derartige Leidenschaften einmal erregt worden, sie dieselben nicht mehr in der Gewalt haben dürfte. Er bezweifle auch, ob dann die Fabrikanten es in der Hand haben werden, ihre Arbeiter zu zähmen. Der Spieß könnte sich herumdrehen. Es wäre tief zu beklagen, wenn das innige Verhältniß zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gestört werden sollte. „Wir werden jedenfalls unsere Schuldigkeit thun, aber eine Garantie können wir nicht übernehmen."

Minister des Innern, Graf Eulenburg: Amtlich bekannt sind mir die in Rede stehenden beiden Aeußerungen nicht geworden; ich weiß nur aus einem Berichte der betreffenden Regierung, daß der Landrath Olearius eine derartige Verfügung erlassen hat. Da die Sache einmal in die Oeffentlichkeit gekommen, so habe ich keinen Grund, anzunehmen, daß die Aeußerung nicht geschehen sei. Der Landrath Olearius ist ein „sehr besonnener und vernünftiger Mensch", der die Verhältnisse seines Kreises seit 12 Jahren kennt. Darin, daß er über die Verpflichtungen der Fabrikanten besondere Ansichten hat, kann ich ihn nicht corrigiren. Ich gebe indeß zu, daß die gebrauchte Ausdrucksweise unvorsichtig, sogar ungehörig ist. Dabei ist jedoch nicht unberücksichtigt zu lassen, daß dieselbe in einer Verfügung gebraucht war, die an die Polizeibehörde zu Langenbielau gerichtet war. Es ist beklagenswerth, daß dieselbe in die Oeffentlichkeit gelangt ist, für die sie nicht bestimmt war. Nach so langer Zeit habe ich indeß keine Veranlassung, nachzuforschen, auf welchem ungehörigen Wege dies geschehen ist. Auch ich neige mich der Ansicht zu, daß es zunächst Pflicht der Fabrikanten ist, so lange ihre Mittel reichen, für ihre Arbeiter zu sorgen.

Ich erlaube mir noch einige Bemerkungen hinzuzufügen. Ich wiederhole, daß ich die Fabrikherren für die zunächst Verpflichteten halte, schon um bei dem Arbeiterstande nicht den Glauben hervorzurufen, daß eine solche Noth vorhanden sei, daß er sich jeder Thätigkeit entziehe und auf Almosen warte. Zu meiner großen Beruhigung kann ich erklären, daß die Befürchtungen, welche man im November v. J. hegte und die darauf hinausliefen, daß im Monat Januar ein völliger Stillstand der Arbeit eintreten werde, sich nicht bewahrheitet haben, und ich füge hinzu, daß die Fabrikanten dazu wesentlich beigetragen haben. Es ist auch von den Fabrikanten selbst ausdrücklich an-

erkannt, daß sie die zuerst Verpflichteten seien und dieser Verpflichtung ist so entsprochen worden, daß mit Anerkennung seitens der Regierung darauf gesehen werden kann. Wenn diese Anerkennung ausgesprochen wird, so ist es auf der andern Seite billig, wenn ein Beamter nicht in Anspruch genommen wird, der nach seiner besseren Ueberzeugung vorgegangen ist, daß man darin nicht ein schroffes Auftreten oder eine Beleidigung sieht. Ich glaube, daß die Versammlung mit dieser Erklärung zufrieden sein wird. Abg. **Duncker** beantragt eine weitere Besprechung an diese Interpellation zu knüpfen. Das Haus genehmigte diesen Antrag.

Abg. **Parrisius** (Brandenburg): Bei der Aufmerksamkeit, welche das Haus der Auslassung der Minister zolle, wolle er nur constatiren, daß das Haus bisher noch niemals als Versammlung angeredet worden sei; er vermuthe, daß dies blos ein Lapsus calami gewesen sei, er wolle es aber constatiren, da man früher immer zu sagen pflegte das Haus, häufig auch das hohe Haus (Beifall). — Minister des Innern Graf **Eulenburg**: Er werde das Haus künftig das Haus nennen. — **Präsident**: Er glaube, daß die Herren Minister dies Haus so bezeichnen werden, wie es sich selbst bezeichne, und daß hier nur, so zu sagen, ein Error vorliege. — Abg. v. **Vincke** (Stargardt): Er wolle mit Bezug auf die Bemerkung des Präsidenten nur constatiren, daß viele Mitglieder des Hauses dasselbe selbst sehr oft die Versammlung und die hohe Versammlung genannt hätten.

Es wird nunmehr in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. **Schulze-Delitzsch**: Ich will nur constatiren, daß nicht zum erstenmal sehr eigenthümliche volkswirthschaftliche Anschauungen in diesem Hause, besonders in Bezug auf die sociale Frage hervorgetreten sind. Sie erinnern sich an die Debatte über Aufhebung der Wuchergesetze. Damals wurde nicht sowohl vom Ministerium als von einer Seite des Hauses gegen den Gesetzentwurf in höchst eigenthümlicher Weise debattirt und Gründe gegen die allgemeinen Ansichten der Volkswirthschaft angeführt, denen im Interesse des Staats und der bürgerlichen Gesellschaft entgegengetreten werden muß. Früher hat die Reaktion die Arbeiter benutzt, um durch sie die besitzenden Klassen aufzuregen und zu ängstigen. Es gab kein wirksameres Aufregungsmittel, als das rothe Gespenst. Bei der Klärung politischer Ansichten, bei der fortschreitenden Bildung will es damit nicht mehr gehen. Was geschieht nun? Jetzt versucht man die Klasse, die man als Schreckbild hinstellte, für sich zu gewinnen. Das rothe Gespenst wird jetzt Bundesgenosse. (Bravo!)

Wenn nun auch über die Verpflichtung der Fabrikanten zum Geben der Arbeit verschiedene Ansichten herrschen, wenn ein Beamter seine Ansichten in derartiger Weise ausspricht, so gehören sie vor das Forum dieses Hauses. Rechtlich ist der Fabrikant nicht verpflichtet, mehr Arbeiter zu beschäftigen, als er will; seine Verpflichtung ist eine moralische. Das ist von allen Seiten anerkannt. Aber in solchen Krisen wird den Arbeitgeber am besten das eigene Interesse leiten. Es ist für den Arbeitgeber keine Kleinigkeit, solche Krisen zu bestehen. Die große Industrie bedarf nicht nur Kapital, sie bedarf vor Allem Kredit. Die Ansicht des reichenbacher Landraths über die Arbeitgeber ist verkehrt. Da finde ich es sehr sonderbar, daß der Minister nichts weiter sagt, als die Ausdrucksweise des Beamten sei unvorsichtig. Es wäre zu erwarten gewesen, daß er seine Ansichten über das Benehmen der Beamten in solchen Krisen ausführlich ausgesprochen hätte. Die wahre Pflicht der Staatsgewalten ist, die Leidenschaften der Menschen in ihre Grenzen zurückzuweisen, nicht aber, dieselben zu entfesseln. Es wäre gut, den Beamten zu empfehlen, nach einem kleinen Elementarhandbuch etwas **Volkswirthschaft** zu treiben. (Heiterkeit, Bravo!) Bemerken muß ich aber noch, daß diese Dinge in einem Augenblicke vorgehen, wo die Regierung einen Mann angreift, der die Bourgeoisie angegriffen haben soll. Ich bin unparteiisch, denn der Mann steht auf einem ganz andern Standpunkt als ich. Aber seine Schrift war wissenschaftlich, ihn gerichtlich zu belangen, kann ich nicht für gerechtfertigt halten. Aber der volle Ernst müßte angewendet werden, wenn ein Beamter sich so ausspricht, wie im vorliegenden Falle. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Graf **Bethusy-Huc**: Vorredner scheint den Minister nicht richtig aufgefaßt zu haben. Er scheint zu glauben, daß der Landrath ein nationalökonomisches Prinzip habe geltend machen wollen. Er hat nur, wie dies von königl. Spezial-Commissarien mehr als 100mal geschehen ist, den Kreis-Eingesessenen durch Vermittelung seiner Beamten Rathschläge zur Erfüllung ihrer Pflicht ertheilen wollen. Das Schlimme an der Sache ist nur, daß das Rescript, dessen einzelne Ausdrücke ich durchaus nicht rechtfertigen will, in die Oeffentlichkeit gekommen ist. Schließlich noch eine Bemerkung. Wenn der Herr Interpellant meint, daß jede aus der Erde gewonnene Kohle ein Atom vom Feudalismus vernichtet, so vernichten wir uns selbst, denn wir gewinnen die Kohlen nicht nur, sondern sorgen für ihre Verbreitung. Wir sind selbst Fabrikanten, ich z. B. fabricire Spiritus.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Der Justizminister, Graf **zur Lippe**, legt „auf Befehl Sr. Majestät des Königs" einen Gesetzentwurf für die hohenzollernschen Lande vor, betreffend die Gewährleistungspflicht des Verkäufers von Hausthieren (Heiterkeit). Derselbe schließe sich im Wesentlichen dem in Würtemberg bestehenden Rechte an. Er stelle anheim, ihn der durch 7 Mitglieder zu verstärkenden Justizkommission zu überweisen, da in derselben keine Mitglieder aus Hohenzollern befindlich. Abg. Dr. **Lette** beantragt, den Entwurf der vereinigten Justiz- und Agrar-Kommission unter Zuziehung der hohenzollernschen Mitglieder zu überweisen. Abg. v. **Forckenbeck** hält die Justizkommission, der es freistehe, die hohenzollernschen Mitglieder zuzuziehen, für ausreichend für die Wichtigkeit dieser außer dem Budget einzigen bisher eingebrachten Vorlage. — Dieser Antrag wird angenommen.

Der **Justizminister** überreicht weiter „auf Befehl Sr. Majestät des Königs" einen Entwurf über die Reisekosten, Diäten und Stellvertretungs-Kosten der Mitglieder des Abgeordnetenhauses. (Ah!) Er stelle anheim, denselben einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Dem schließt sich Abg. **Immermann** mit dem Wunsche an, daß nicht zu viel Beamte in dieser Kommission sein mögen. Die Tagesordnung ist erledigt. Nach einigen Klagen über großen Zug, unerträgliche Hitze u. dgl., Schluß der Sitzung 2¾ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

In die Adreß-Kommission sind gewählt: v. Bockum-Dolffs, v. Carlowitz, Graf Haacke, Frech, v. Esebeck, Dahlmann, v. Sybel, Rohden, Graf Cieszkowski, Lette, Simson, Senff, v. Unruh, Techow, Lüning, Parrisius (Brandenburg), Schulze-Delitzsch, Beitzke, Virchow, Immermann, v. Rönne (Solingen). — Die Kommission hat sich sofort constituirt. Vorsitzender ist der Präsident des Hauses; derselbe hat zum Referenten in die Kommission ernannt: den Abg. v. Sybel; zu Schriftführern sind gewählt: die Abg. Lette und Parrisius (Brandenburg). Die nächste Sitzung der Adreß-Kommission ist morgen 10 Uhr.

Berlin, 22. Jan. [**Amtliches.**] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Den Stadtrichter Dr. **Meitzen** zu Königsberg in Pr. zum Stadtgerichtsrath zu ernennen, und dem Oekonomie-Commissarius **Dulon** zu Groß-Salze bei dessen Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Oekonomie-Commissionsrath beizulegen.

Bekanntmachung.

Auf allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs findet die Feier des Krönungs- und Ordensfestes am Sonntag, den 25. d. Mts. auf dem königl. Schlosse hierselbst statt, und werden die Einladungen zu demselben, nach Maßgabe des zur Verfügung stehenden Raumes, an die betreffenden Herren Ritter und Inhaber königlicher Orden und Ehrenzeichen von Seiten der unterzeichneten Kommission erlassen werden.

Berlin, den 22. Januar 1863.

Königliche General-Ordens-Kommission.

Dem königl. Hof-Instrumentenmacher Heinrich **Knauß** in Coblenz ist die Medaille für gewerbliche Leistungen in Golde verliehen worden.

Berlin, 22. Jan. [**Se. Maj. der König**] nahm heute Vormittag von 11½ Uhr ab die Vorträge des Kriegsministers und des Militärkabinets entgegen.

[**Ihre Maj. die Königin**] empfing gestern den aus Rußland zurückgekehrten Prinzen Wilhelm von Baden, und geruhte am Nachmittage der Stiftungsfeier des englisch-preußischen evangelischen Bisthums zu Jerusalem im Dome beizuwohnen.

[**Offizielle Berichtigung.**] Die von wiener Blättern aufgestellte Behauptung, daß von Preußen die Initiative zu einer mündlichen Besprechung des königlichen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten mit dem kaiserlich österreichischen ausgegangen sei, ist unwahr.

K. C. **Berlin**, 22. Jan. [**Die Fractionen und der Adreßentwurf.**] Nachdem gestern in der gemeinsamen Conferenz der liberalen Fractionen wegen des Adreßentwurfes die Einigung mit dem (katholischen) Centrum und den Polen gescheitert, haben gestern Abend die drei Fractionen des freien parlamentarischen Vereins, des linken Centrums und der deutschen Fortschrittspartei sich mit dem Entwurfe, wie er aus der Conferenz hervorgegangen, und wie er gedruckt heute im Hause der Abgeordneten eingebracht ist, einverstanden erklärt. Zugleich ist die Ansicht der beiden erstgenannten Fractionen durchgedrungen, eine Adreß-Commission des Hauses zu ernennen; dieselbe wird so zusammengesetzt, daß die Minoritäten des Hauses darin vertreten sind. (S. o.)

[**Zum Handelsvertrage.**] Die „Rhein. Ztg." schreibt: „Herr v. Bismarck soll den Zollvereinsstaaten schon die Erklärung haben zugehen lassen, daß er den Zollverein als auf ult. 1865 gekündigt betrachte. Für den Abschluß eines neuen Zollverbandes Preußens mit den deutschen Kleinstaaten würde dann der deutsch-französische Handelsvertrag als Grundlage dienen." Dagegen schreibt die „B. u. H. Z.": So viel wir hier wissen, ist eine Erklärung in so präcisirter Form nicht abgegeben worden. Dagegen hat unseres Wissens das preußische Cabinet vorgekommene Gelegenheit benutzt, die frühere Erklärung zu wiederholen, daß eine definitive Ablehnung des Handelsvertrages als der Ausdruck des Entschlusses betrachtet werden müsse, den Zollverein nicht über die Dauer der jetzt bestehenden Verträge hinaus aufrecht halten zu wollen.

Deutschland.

Koburg, 22. Jan. [**Dementi.**] Die „Koburger Zeitung" dementirt mit großem Nachdruck die vom „Dresdener Journal" gegebenen Nachrichten über die Bedingungen der Candidatur des Herzogs von Koburg für den griechischen Thron und über die Succession im Herzogthum Koburg.

Großbritannien.

E. C. **London**, 19. Jan. [**Die Lincoln'sche Sclavenemancipation.**] Die Mitglieder der „Emancipation Society", die dem hiesigen amerikanischen Gesandten, Mr. Adams, am Freitag eine Beistimmungs-Adresse an den Präsidenten Mr. Lincoln übergeben, werden heut in der „Times" con amore lächerlich gemacht. Mr. Lincoln — meint sie — seine Minister und seine Yankee-Anhänger erinnern uns an das Pfänderspiel, welches darin besteht, daß einer der Mitspielenden eine Fratze schneidet und eine lächerliche Geberde macht, die jeder andere nachahmen muß. Die Negerliebe der Nordischen ist nichts als Gesichterschneiderei. Alle Freunde Mr. Lincolns wissen es und sagen es einer dem andern. Mr. Cassius Clay selber würde in seiner eigenen Achtung sinken, wenn er dächte, daß seine Umgebung auf den Gedanken komme könnte, er sei ein wirklicher Emancipator um der Emancipation willen. England ist von der Ueberzeugung, daß Alles Grimasse und Schwindel ist, tief durchdrungen; und daher kommt es, daß wir die, wir die Sclaverei hassen, aber von den Theaterkünsten Mr. Lincolns ganz ungerührt bleiben, den amerikanischen Kampf als einen rein politischen Streit ansehen und stillschweigend die Meinung hegen, daß, so wie die Sache Italiens gegen Oesterreich, so auch die des Südens gegen den Norden die Sache der Freiheit ist. Einzelne Fanatiker in Politik und Moral mögen ihre Gründe haben, mit einem Despoten zu sympathisiren und das gegen ihn zum Himmel schreiende Blut nicht zu beachten. Es leben ja noch Leute, die offen zu beweisen suchen, daß Robespierre Recht gehabt habe. So giebt es manche Personen hier zu Lande, die da glauben, daß eine ungeheure übermüthige Demokratie, die zu einer alle Regierungen von nichtdemokratischem Typus bedrohenden und zerstörenden Macht emporwachsen könnte, eine so große Wohlthat für die Menschheit wäre, daß alle Schandthaten Butlers und Mc. Neils und das Elend von Millionen, damit verglichen, nur ein Staub in die Waagschale sind. Der Charakter der Freitagsdemonstration ist der möglich stärkste negative Beweis von der Meinung, die das englische Publikum über diese Sache hat. Wenn unsere Nation wirklich glaubte, daß Mr. Lincoln für „Freiheit, Gerechtigkeit und Barmherzigkeit" arbeitet, anstatt Eroberung, Unterdrückung und Messermord im Schilde zu führen, so würde sich die ganze Ritterlichkeit der alten Anti-Sclaverei-Agitation an die Spitze dieser Bewegung gestellt haben. In eigener Person oder in der Person ihrer Nachkommen hätten die Broughams, die Wilberforces, die Romillys, Clarksons, Buxtons sich am Freitag im Salon von Adams eingefunden. Die Abwesenheit dieser Namen zeigt, welch' ein bloßer Schwindel die Geschichte war. Mit all' den rührigen Yankee-Agenten in London, die mit den Mitteln der „Organisation" wohlversehen sind, war nichts Besseres zusammenzubringen, als ein Halbdutzend Nullen (nobodies), Leute ohne den geringsten Ruf oder Einfluß auf die politische Meinung irgend eines Engländers, der bei Sinnen ist. Mr. Bright war redlich genug, zu gestehen, daß er für sich allein spricht und keine Partei hinter sich hat. Diese Gentlemen sind aber nicht so ehrlich gewesen, deshalb müssen wir ihnen diesen Freundschaftsdienst erweisen.

Die „moralischen Fanatiker", wie „Times" sie im obigen Artikel nennt, scheinen doch nicht ganz so selten zu sein, wie man nach dem verachtungsvollen Ton des großen Blattes glauben könnte. In dem kleinen Flecken Cobham in Surrey fand am Freitag ein Meeting von etwa 300 Personen statt, die eine Beifallsadresse an Mr. Lincoln beschlossen. Und in Liverpool fand am Sonnabend ein Vor-Meeting oder eine Conferenz statt, um eine großartige Gegen-Sclaverei-Kundgebung zu organisiren. Unter den Mitwirkenden war Mr. Robertson Gladstone (ein Bruder des Schatzkanzlers).

[**Der Herzog von Sachsen-Coburg.**] Der „Herald" berichtet: Wir haben Grund zu glauben, daß der Herzog von Sachsen-Coburg die Krone Griechenlands angenommen hat.

Breslau, 23. Januar. [**Diebstähle.**] Gestohlen wurden: Albrechts-Straße Nr. 15 ein Paar gewirkte farbige wollene Unterhosen; Reuschestraße Nr. 43 eine Wasserstande von Fichtenholz; Karlsstraße Nr. 48 die Glasglocke von der im Hausflur befindlichen Gasflamme; Altbüsser-Straße Nr. 36 ein neues weißes Betttuch und ein neues Mannshemde.

Gefunden wurde: eine Pelz-Manschette.

[**Zugelaufener Hund.**] Eingefunden hat sich bei dem Scheitniger-Straße Nr. 15 wohnenden Tagearbeiter Pohland ein Hund (Pudel-Bastard) mit schwarzledernem Halsbande versehen.

Angekommen: Se. Durchl. kais. russ. Garderittmeister Prinz **Abramelik** aus Petersburg. Kaiserlich russischer Kabinetsrath **von Baumüller** aus Petersburg. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 22. Jan. 10 U. Ab.	331,49	+1,9	S. 0.	Bedeckt. Regen.
23. Jan. 6 U. Morg.	332,43	+4,0	S. 1.	Bedeckt.
Berlin, 22. Jan. 8 U. Morg.	325,32	+2,0	W.	Naßkalt.
Köln, 21. Jan. 1 U. Mitt.	332,40	+4,5	WNW.	Regen.
Warschau, 21. Jan. 8 U. Mg.	—	+2,0	—	—

Breslau, 23. Jan. [**Wasserstand.**] O.-P. 15 F. 3 Z. U.-P. 2 F. 6 Z. Eisstand.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 22. Jan., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. begann zu 70, 10, stieg auf 70, 15 und schloß bei geringem Geschäft ziemlich fest zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92¾ eingetroffen. **Schluß-Course:** 3proz. Rente 70, 05. 4½proz. Rente 98, 60. Italienische 5proz. Rente 70, 40. 3prz. Spanier 50. 1prz. Spanier 45¾. Oest. Staats-Eisenbahn-Aktien 507, 50. Credit-mobilier-Aktien 1162, 50. Lomb. Eisenbahn-Aktien 585, —. Oesterr. Credit-Aktien —.

Wien, 22. Januar, Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Börse fest. 5proz. Metall. 75, 40. 4½proz. Metall. 66, 25. Bank-Aktien 815. Nordbahn 186, —. 1854er Loose 92, 25. National-Anleihe 82, 40. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 235, — Creditaktien 227, 20. London 116, 40. Hamburg 87, 25. Paris 46, —. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 169, 50. Lombardische Eisenbahn 272, —. Neue Loose 132, 25. 1860er Loose 92, 70.

Frankfurt a. M., 22. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 M. Ungeachtet niedrigerer wiener Notirungen österr. Effekten theilweise besser bezahlt. Böhm. Westbahn 73⅞. Finnländ. Anleihe 92⅞. **Schluß-Course:** Ludwigshafen-Bexbach 140¾. Wiener Wechsel 100¾. Darmst. Bankaktien 241½. Darmst. Zettelbank 256. 5proz. Metall. 64 4½proz. Metall. 56½. 1854er Loose 77¼. Oesterr. National-Anleihe 69⅜. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 240. Oesterr. Bank-Antheile 826. Oesterr. Credit-Aktien 229½. Neueste österr. Anleihe 80. Oesterreich. Elisabet-Bahn 128. Rhein-Nahe-Bahn 33. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 130.

Hamburg, 22. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Wenig Geschäft. Finnländische Anleihe 91½. Die norddeutsche Bank hat angezeigt, daß sie 6 % Dividende zahle. **Schluß-Course:** National-Anleihe 69½. Oesterr. Credit-Aktien 96¾. Vereinsbank 102⅞. Norddeutsche Bank 103½. Rheinische 99. Nordbahn 65½. Disconto —. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 22 Jan. [**Getreidemarkt.**] Weizen loco still und eher niedriger, ab auswärts ab Apenrade 126—127pfd. pr. Frühjahr zu 109½ verkauft. Roggen loco etwas fester, ab Danzig pr. Frühjahr 75 bezahlt und eher zu haben als zu lassen. Oel pr. Mai 32¼, pr. Okt. 30½. Kaffee loco 3000 Sack Maracaibo, 2000 Sack diverse, schwimmend 2200 Sack Rio umgesetzt.

Berlin, 22. Jan. Wie sich erwarten ließ, so haben die besseren Course von der gestrigen pariser Börse der hiesigen die Ueberzeugung gegeben, daß weniger die politische Conjunctur als der innere Zustand der Börsenwelt selber und deren Realisationsbedürfniß die Verstimmung der letzten Tage hervorgebracht haben. Die heutigen wiener Course lauteten zwar nicht durchweg besser, die Valuta ist vielmehr etwas ungünstiger, hierin ist indeß wohl eine Rückwirkung der Stimmung zu erkennen, welche gestern die hiesige Börse beherrscht hat. Heute war denn auch die Disposition der Börse bei weitem weniger gedrückt, die Effecten befestigten sich meist auf dem gestern erlangten Coursstande mit der häufig erkennbaren Tendenz, über diesen hinauszugehen. Namentlich war für Eisenbahnactien, besonders für die stark gedrückten schweren, ein zu den gestrigen Coursen oft erfolgloser Begehr. Wenn das Geschäft schleppend und ziemlich beschränkt war, so findet dies hauptsächlich in der Unausführbarkeit der zu den gestrigen Coursen limitirten Kaufaufträge seine Erklärung. Ein etwas lebhafter Umsatz war eigentlich nur in österr. Credit; doch sind in einzelnen andern Papieren, namentlich auch in Disconto-Commandit-Antheilen ansehnliche Summen umgegangen. Der Geldmarkt war weniger schwierig, mit 3½ ist feines Banquierpapier gesucht. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 22. Januar 1863.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anleihe	4½	102 B.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4	99⅛ bz.
dito 1854, 55A. 57	4½	102 bz.
dito 1856	4½	102 bz.
dito 1853	4	99⅝ bz.
dito 1859	5	107⅛ B.
Staats-Schuld-Sch.	3½	89⅝ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	130 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	103 bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	92⅛ bz.
dito dito	4	102 bz.
Pommersche	3½	91½ bz.
dito neue	4	100½ G.
Posensche	4	103⅞ G.
dito	3½	99 B.
dito neue	4	97¾ B.
Schlesische	3½	95⅛ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	100 B.
Pommersche	4	99⅞ B.
Posensche	4	99 bz.
Preussische	4	99½ bz.
Westf. u. Rhein.	4	99¼ bz.
Sächsische	4	109⅜ B.
Schlesische	4	100⅛ G.
Louisdor	—	109¾ bz.
Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metall	5	65 a 65¼ bz.
dito 54r Pr.-Anl.	4	79½ B.
dito neue 100 fl.-L.	—	76 B.
dito Nat.-Anleihe	5	71 a 71¼ bz.
dito Bankn. n. Whr.	—	87¼ bz
Russ.-engl. Anleihe	5	96½ G.
dito 5. Anleihe	5	92¼ bz.u G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	85¾ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	90⅜ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93¾ bz.
dito à 300 Fl.	5	95 B.
dito à 200 Fl.	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	90½ bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	56¾ bz.
Baden 35 Fl.	—	32 B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	Cours
Aach.-Düsseld.	3½	3½	90 G.
Aach.-Mastricht.	3½	4	34½ B.
Amst.-Rotterdam	5 1/12	4	97¼ etw. bz.u.G.
Berg.-Märkische	6½	4	106¾ bz.
Berlin.Anhalter	8¼	4	144½ bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	124 G
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	189¼ à ¾ bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	136 bz.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	135 G
Cöln-Mindener	12¼	3½	177 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 1/10	5	135 G.
Ludw.-Bexbach	8	4	140½ B.
Magd.-Halberst.	22½	4	269 bz.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	63½ etw bz.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	126¾ bz.
Mecklenburger	2⅞	4	65⅞ bz.
Münster-Hammer	4	4	98½ bz.
Neisse-Brieger	3½	4	82½ bz.
Niederschles.	4	4	98¾ bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	73 bz.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	66¾ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 1/12	3½	160½ à 161½ bz.
Oberschles. B.	7 1/12	3½	141 bz.
dito C.	7 1/12	3½	160½ à 161½ bz.
dito Prior A.	—	4	99¼ B.
dito Prior B.	—	3½	88¼ bz.
dito Prior C.	—	4	97¾ G.
dito Prior D.	—	4	97¾ G.
dito Prior E.	—	3½	84⅝ bz.
dito Prior F.	—	4½	100¾ bz.
Oppeln-Tarnow.	⅘	4	63, Ende 62 bz.
Prinz-W. (St.-V.)	⅓	4	62 G.
Rheinische	5	4	100½ bz.
dito (St.) Pr.	5	4	105½ B.
dito Prior	—	4	96 B.
dito III. Em.	—	4½	100 B.
Rhein-Nahebahn	—	4	32¾ bz.
Ruhrort-Crefeld	3 1/12	3½	96 B.
Starg.-Posener	4	3½	109⅝ bz.
Thüringer	6⅔	4	125 bz.
Wilhelms Bahn	—	4	63⅛ à 62⅞ bz.
dito Prior	—	4	92½ G.
dito III. Em.	—	4½	97½ B.
dito Prior St.	—	4½	95¼ B.
dito dito	—	5	98½ bz.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	Cours
Berl. K.-Verein	5 11/12	4	116¼ G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	100 bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	85 B.
Bremer „	5¾	4	105 G.
Coburg. Credit A.	3	4	89½ B.
Darmst. Zettel-B.	8½	4	102¾ B. (i. D.)
Darmst. Credb. A.	5	4	94¾ B.
Dess. Creditb. A.	—	4	6¾ i. Pst. bz.u G.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	98 a 99 i.P. bz.u.G.
Genf. Creditb. A.	2	4	52½ a ¼ bz.u G.
Geraer Bank	5⅔	4	97¼ B.
Hamb.Nord.Bank	5	4	102½ etw. bz.u G.
„ Ver.-Bank	5 1/12	4	102 G. (incl. Div.)
Hannov. „	4⅙	4	100⅛ G.
Leipziger „	3	4	83¾ B. (i. D.)
Luxembrg. „	10	4	101¼ G.
Magd. Priv. „	4 1/10	4	94 B.
Mein. Creditb. A.	6	4	96 bz.u.G.
Minerva Bgwk.A.	—	5	36¾ bz.u.G.
Oester.Creditb.A.	7¾	5	98¼ a ¾ a ½ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/12	4	98½ B.
Preuss. B.-Anthl.	4 1/10	4½	125 G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	100½ B.
Thüringer Bank	2⅔	4	66 bz.
Weimar. Bank	4	4	90 etw. bz.u.G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	144 bz.
dito	2 M.	143 bz.
Hamburg	8 T.	152¼ bz.
dito	2 M.	151½ bz.
London	3 M.	6. 20⅞ bz.
Paris	2 M.	80 1/12 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	86½ bz.
dito	2 M.	85¾ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 G.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅛ bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 bz.
Petersburg	3 W.	100bz. 3M.99½bz.
Warschau	8 T.	90¼ bz.
Bremen	8 T.	109⅞ bz.

Berlin, 22. Jan. **Weizen** loco 60—72 Thlr. nach Qualität., hochbunter poln. 72 Thlr. frei Mühle bez., weißbunter poln. 68½ Thlr. ab Bahn bez. — **Roggen** loco galiz. 45⅜ Thlr., 81—82pfd. 47 Thlr. ab Bahn bez., Jan. 46⅜ Thlr. bez., Jan.-Febr. 46¼ Thlr. bez. und Br., ⅛ Thlr. Gld., Frühjahr 45⅝ Thlr. bez. und Br., ½ Thlr. Gld., Mai-Juni 45¾ Thlr. bez., Juni-Juli 46¼ Thlr. bez. — **Gerste**, große und kleine 31—39 Thlr. — **Hafer** loco 22—23½ Thlr., schles. 22¾—23 Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Jan. und Jan.-Febr. 22¾ Thlr., Frühjahr 22¾ Thlr. bez., Mai-Juni 23⅛ Thlr. Br., Juni-Juli 23⅜—½ Thlr. bez. — **Erbsen**, **Kochwaare** 47—53 Thlr., **Futterwaare** 44—45 Thlr. — **Rüböl** loco 15⅞ Thlr. bez., Jan. 15¾—19/24 Thlr. bez., Jan.-Febr. 15 11/24—13/24—½ Thlr. bez., Br., und Gld., Febr.-März 15 5/12 Thlr. Br., April-Mai 15 5/12—⅓—⅜ Thlr. bez. und Br., ⅓ Thlr. Gld., Mai-Juni 15⅓—¼ Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 14⅚—⅚ Thlr. bez. — **Leinöl** loco 15 Thlr. — **Spiritus** loco ohne Faß 14½ Thlr. bez., Jan. und Jan.-Febr. 14 7/12 Thlr. bez., Br. und Gld., Febr.-März 14⅚—⅔ Thlr. bez. und Br., ⅝ Thlr. Gld., April-Mai 15⅛—1/24—1/12 Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 15 7/24—⅓ Thlr. bez. und Br., ¼ Thlr. Gld., Juni-Juli 15 7/12 Thlr. Br., ½ Thlr. Gld., Juli-Aug. 15⅚ Thlr. bez. und Gld., ⅞ Thlr. Br., Aug.-Sept. 16⅛—16 Thlr. bez.

Weizen einiger Handel. Roggen disponible fand nur wenig Beachtung, weshalb der Verkehr sehr beschränkt blieb. Termine litten heute an vollständiger Abspannung und die Preise blieben gegen gester nuverändert. Hafer, Termine ohne Aenderung. Rüböl war in Folge der von Holland gemeldeten niedrigeren Berichte in der Stimmung matt gewesen und fanden zu diesen Notirungen beträchtliche Umsätze statt. Der Markt schließt für nahe Lieferung fest, später ruhiger.

Breslau, 23. Jan. Wind: West. Wetter: trübe. Thermometer Früh 4° Wärme. Die Angebote von Getreide, besonders Roggen, waren nicht sehr belangreich, die Kauflust zeigte sich schwach angeregt.

Weizen ohne wesentliche Aenderung bei behaupteten Preisen; pr. 85pfd. weißer 70—84 Sgr., gelber 67—76 Sgr., feinster über Notiz bezahlt. — **Roggen** fest; pr. 84pfd. 50—52—54 Sgr., in feinster Waare über Notiz bezahlt. — **Gerste** gefragter; pr. 70pfd. weiße 40—42 Sgr., gelbe 38—39½ Sgr. — **Hafer** fest; pr. 50pfd. schlesischer 24—25 Sgr. — **Erbsen**, **Wicken u. Bohnen** schwacher Umsatz. — **Rapskuchen** 51—53 Sgr. — **Oelsaaten** waren bei den hohen Forderungen schwach gefragt. — **Schlaglein** mehr beachtet. — **Lupinen** 36—40 Sgr.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	69—77—84	Wicken	36—38—41
Gelber Weizen	66—72—78		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	50—52—54	Schlag-Leinsaat	180—195—205
Gerste	36—38—42	Winter-Raps	226—256—270
Hafer	23—25—27	Winter-Rübsen	220—244—254
Erbsen	45—50—55	Sommer-Rübsen	196—218—222

Kleesaat stilles Geschäft bei behaupteten Preisen, — rothe ordinäre 8½—10 Thlr., mittle 10¾—12 Thlr., feine 12⅔—14½ Thlr., hochfeine 15 bis 15⅔ Thlr., extrafeine 16 Thlr. und darüber, — weiße ordinäre 8—9¾ Thlr., mittle 10¼—13½ Thlr., feine 14¾—17¼ Thlr., hochfeine 18¼ bis 19¼ Thlr. — **Schwedischer Klee** 18—26 Thlr.

Thymothee 5½—7 Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—21 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 15½ Thlr., Januar 15⅙ Thlr., Frühjahr 15 5/12 Thlr. — **Spiritus** pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 13½ Thlr., Januar 13⅔ Thlr., pr. Frühjahr 14⅙ Thlr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.